

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 84 (1992)

Heft: 4

Artikel: Die Rezession nicht passiv aussitzen

Autor: Frick, Andres / Gaillard, Serge

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355402>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Rezession nicht passiv aussitzen

Angesichts der hohen Erwerbslosigkeit ist es riskant, wirtschaftspolitisch die Hände in den Schoss zu legen. Antizyklische Massnahmen sind angezeigt. Und: sie sind – auch finanzpolitisch – verantwortbar.

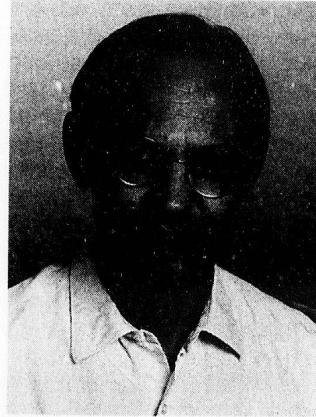
Die wirtschaftlichen Aussichten sehen nicht rosig aus: Ein belebender Impuls wird vor allem von den Exporten erwartet, während die rezessiven Tendenzen im Inland nur sehr zögerlich überwunden werden: Die Baukonjunktur wird den unteren Wendepunkt trotz der nach unten gerichteten Zinsentwicklung erst im Laufe des Jahres 1993 erreichen, der Konsum dürfte sich angesichts des erwarteten Reallohnrückgangs im nächsten Jahr auch nicht zum Konjunkturmotor entwickeln und die Investitionen des Unternehmenssektors erholen sich erfahrungsgemäss erst, wenn die Konjunkturlokomotive an Fahrt gewonnen hat. Obwohl die Beschäftigung in dieser Rezession bisher weit weniger abgenommen hat als Mitte der 70er und wahrscheinlich auch nicht mehr als zu Beginn der 80er Jahren, hat sich die Arbeitslosigkeit stark erhöht. Aus Platzgründen kann hier nur stichwortartig auf die Gründe eingegangen werden: Ausbau der Arbeitslosenversicherung (die Arbeitslosigkeit ist heute sichtbar), liberale Ausländerpolitik, stabilere Erwerbsquote der Frauen. Die institutionellen Bedingungen der Schweiz haben sich auf dem Arbeitsmarkt denjenigen des Auslands angeglichen. Das bedeutet nun keineswegs, dass sich deswegen die schweizerische Arbeitslosenquote an diejenige des Auslands anpassen muss. Es bedeutet lediglich, dass Rezessionen wie im Ausland zu einer höheren Arbeitslosigkeit führen und die Schweiz deshalb eine aktiver Konjunktur- und Arbeitsmarktpolitik als bisher betreiben muss.

Mittelfristig sehen die Arbeitsmarktaussichten relativ gut aus: Im Unterschied

zu den 80er Jahren wird die Zahl der inländischen Personen im erwerbsfähigen Alter in den nächsten Jahren nur wenig zunehmen. Zudem wird sich die Einwanderung wegen der Verfügbarkeit von Arbeitskräften in der Schweiz weiter abschwächen. Wir können deshalb davon ausgehen, dass nach Ende dieser Rezession wieder mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, als das inländische Erwerbspotential zunimmt.

Trotzdem steigt mit zunehmender Länge dieser Rezession das Risiko, dass die Arbeitslosigkeit dauerhaft hoch bleiben wird:

- Infolge der unerwartet langen Dauer der gegenwärtigen Rezession hat sich der Anteil der unbeschäftigen Personen so stark erhöht, dass es auch bei einer spürbaren Beschäftigungszunahme und einer Priorisierung der Arbeitslosen bei der Anstellung nach Einsetzen des Beschäftigungswachstums rund 3 Jahre dauern dürfte, bis wieder Vollbeschäftigung erreicht ist.
- Weiter sind auf dem Arbeitsmarkt angebots- und nachfrageseitige Veränderungen denkbar, welche trotz der in absehbarer Zeit wieder besseren Arbeitsmarktlage eine andauernd hohe Arbeitslosigkeit verursachen könnten. Angebotsseitig besteht die Gefahr, dass Arbeitslose durch die lange Dauer der Erwerbslosigkeit entmutigt werden und das für die erfolgreiche Stellensuche notwendige Selbstvertrauen verlieren. Zudem entwerten sich gewisse Qualifikationen, weil sie nicht «on-the-job» – trainiert werden. Je mehr solche Prozesse wirksam werden ist damit zu rechnen, dass die Unternehmungen die Arbeitslosenvergangenheit eines Stellenbewerbers als negatives Selektionsmerkmal betrachten. Diese Gefahr dürfte um so grösser sein, je weniger die Erwerbslosigkeit als gesellschaftliches Problem, sondern als individuelles Schicksal gedeutet wird.



Von Andres Frick und

In dieser Situation scheint es uns wichtig, dass die Behörden der Beseitigung der Arbeitslosigkeit eine hohe politische Priorität einräumen und dies auch öffentlich kundtun. Das Wissen, dass sich die Gesellschaft für das Schicksal der Arbeitslosen verantwortlich fühlt, wird sowohl die individuellen Anstrengungen der Arbeitslosen, wieder in das Erwerbsleben «einzusteigen», begünstigen, als auch die Arbeitgeber dazu bewegen, ihren Beitrag zur Milderung der Probleme zu leisten. Aus diesem Grund empfiehlt sich ein Anstoss von Seiten der Fiskalpolitik zur Stimulierung der Binnenkonjunktur und zur Verhinderung eines weiteren Anstiegs der Arbeitslosigkeit. Da vor allem Gemeinden ihre Investitionen in Defizitsituationen zurücknehmen, wäre konkret die Einführung des Investitionsbonus durch den Bund zu begrüssen; Budgetdefizite sollten

gen, ihren Beitrag zur Milderung der Probleme zu leisten. Aus diesem Grund empfiehlt sich ein Anstoss von Seiten der Fiskalpolitik zur Stimulierung der Binnenkonjunktur und zur Verhinderung eines weiteren Anstiegs der Arbeitslosigkeit. Da vor allem Gemeinden ihre Investitionen in Defizitsituationen zurücknehmen, wäre konkret die Einführung des Investitionsbonus durch den Bund zu begrüssen; Budgetdefizite sollten

Zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit ist durch antizyklische Massnahmen zu vermeiden.

zudem nicht zu schnell beseitigt werden. Zusätzlich dazu müssen die aktiven Massnahmen, um Arbeitslose in das Erwerbsleben zu integrieren, ausgebaut werden (Aus- und Weiterbildung, Stellenvermittlung, Beschäftigungsprogramme, damit niemand mehr als 12 Monate arbeitslos sein muss, ohne jemals gearbeitet zu haben). Der grösstmögliche Anteil der Arbeitsmarktbudgets sollte dabei für aktive Massnahmen verwendet werden, damit möglichst wenig Geld für die «passive» Abgeltung

der Arbeitslosigkeit verwendet werden muss.

Vorschläge zu antizyklischen Massnahmen seitens der Fiskalpolitik stossen, obwohl sie konjunkturpolitisch erwünscht sind, in der Öffentlichkeit auf Ablehnung. Es wird argumentiert, Fiskalimpulse wirkten strukturerhaltend. Dieses Argument ist nicht stichhaltig: Es geht davon aus, dass sich die Volkswirtschaft zurzeit in einer strukturellen Krise befände und die Arbeitsplätze, die heute abgebaut würden, auch bei normaler Konjunkturlage nicht wieder besetzt würden. Vieles spricht gegen diese These: Der Geschäftsgang der Exportindustrie ist – verglichen mit der schlechten Weltwirtschaftslage – relativ gut, was auf die (insgesamt) intakte Wettbewerbsfähigkeit dieser Industrie hindeutet. In der Bauwirtschaft staut sich ein Nachholbedarf auf. Das alles sind Hinweise auf den vorwiegend konjunkturellen Charakter der aktuellen Krise, wenn auch in jeder Rezession die immer vorhandenen strukturellen Mängel sichtbar werden.

Das Strukturerhaltungsargument trifft insbesondere dann nicht, wenn Investitionsprojekte, die in den nächsten Jahren ohnehin notwendig werden, vorgenommen werden.

Hohe Defizite sind kein Gegenargument

Die Haushalte der öffentlichen Hand (Bund, Kantone, Gemeinden) sind – nach einer 4jährigen Phase positiver Rechnungsabschlüsse 1986 bis 1989 – ab 1990 wieder in die roten Zahlen geraten. Eine deutliche Verschlechterung ergab sich 1991, als das Defizit um 5,5 Mia. auf rund 7 Mia. Fr. anstieg (Zahlen noch nicht definitiv). Für 1992 muss mit einer nochmaligen, aber nicht mehr so starken Erhöhung des Fehlbetrags auf rund 8,5 Mia. Fr. gerechnet werden. Für die beiden Jahre zusammen ging seitens dieser Ausgabenüberschüsse schon ein positiver Impuls von rund 1,7 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP = Total der inländischen Wertschöpfung) auf die Wirtschaftstätigkeit aus. Sind weitere konjunkturstützende Massnahmen der öffentlichen Hand angesichts «leerer

Staatskassen» noch tragbar?

Für eine Klärung dieser Frage ist zwischen kurzfristig/konjunkturellen und mittelfristig/strukturellen Aspekten zu unterscheiden. Im Konjunkturabschwung nimmt das Wachstum der Staatseinnahmen ab. Werden die Ausgaben entsprechend gebremst, entsteht ein zusätzlicher Nachfrageausfall, was die Rezession verstärkt. Aus diesem Grund ist das Prinzip, wonach ein Ausgleich der Staatshaushalte lediglich in der mittleren Frist und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage zu erfolgen habe, unbestritten. In einer Rezession sollte der Staat seine Ausgaben mindestens verstetigen, d. h. entsprechend dem längerfristigen Trend des Wirtschaftswachstums zunehmen lassen. Die entsprechende Verschlechterung der Staatsrechnungen in Rezessionszeiten ist durchaus wünschenswert. Sie ist auch insofern unproblematisch, als sich die Rechnungsergebnisse im Zuge der konjunkturellen Erholung aufgrund der wieder reichlicher fließenden Einnahmen automatisch verbessern.

Bei grösseren Auslastungsschwankungen der volkswirtschaftlichen Kapazitäten (Arbeitslosigkeit oder konjunkturelle

Prinzipielle Gründe für einen schuldenfreien Staat gibt es nicht.

Überhitzung) sind darüber hinaus antizyklische Massnahmen angebracht, indem in der Rezession die Ausgaben zusätzlich gesteigert und/oder die Steuern gesenkt werden bzw. in Zeiten konjunktureller Anspannung das Gegenteil erfolgt. Sollen die Staatsrechnungen



Serge Gaillard, wissenschaftliche Mitarbeiter der Konjunkturforschungsstelle der ETH-Zürich

längerfristig im Gleichgewicht sein, müssen sich konjunkturstützende und -dämpfende Massnahmen die Waage halten. Dies war in den letzten Jahren nicht der Fall. Das Ausmass der gegenwärtigen Defizite geht z. T. darauf zurück, dass während der konjunkturellen Anspannung Ende der 80er Jahre zuwenig Gegensteuer gegeben wurde. In den Jahren 1987 bis 1989 wurden zwar Überschüsse erzielt, doch ging von der gegenläufigen Bewegung von Ausgaben (beschleu-

nigtes Wachstum) und Einnahmen (Steuersenkungen) ein prozyklischer, stimulierender Effekt auf die Wirtschaft aus. Wäre vom Staat stattdessen 1989/90 ein leicht dämpfender Impuls ausgegangen, würde sich die Finanzlage ab 1990 um rund 5 Mia. Fr. besser präsentieren. Die konjunkturell verfehlte Haushaltspolitik der späten 80er Jahre nun just im jetzigen Zeitpunkt korrigieren zu wollen, wäre einem Fehler einen zweiten hinzufügen.

Staatliche Verschuldung vergleichsweise niedrig

Bleibt das Wachstum der Einnahmen längerfristig hinter demjenigen der Ausgaben zurück, entsteht ein «strukturelles» Haushaltssdefizit, welches – sofern der Ausgabenüberschuss nicht über die Notenpresse finanziert wird – zu einem Anstieg der Staatsschuld führt. Dies scheint hierzulande schon fast ein moralisches Vergehen zu sein. Prinzipielle Gründe für einen schuldenfreien Staat gibt es allerdings nicht; vielmehr sind die ökonomischen Vor- und Nachteile gegeneinander abzuwägen. Die mit einem Anstieg der Staatsschuld verbundenen Zinszahlung schränken den finanziellen Spielraum in späteren Jahren ein, was in einer Situation mit hohen Realzinsen noch stärker ins Ge-

wicht fällt. Es findet eine Abwälzung eines Teils der Finanzierung von Staatsausgaben auf die Zukunft statt. Demgegenüber gibt es – neben dem konjunkturellen Aspekt – noch andere Gründe dafür, Staatsausgaben nicht voll aus laufenden Einnahmen zu decken, sondern die Finanzierung über mehrere Jahre zu erstrecken. Vor allem bei Investitionsausgaben ist eine längerfristige Optik naheliegend, profitieren doch die Steuerzahler auch in Zukunft von deren Nutzung (z. B. Schulhäuser, Spitäler, Verkehrsbaute). Problematisch wird die

Die Verschlechterung der Staatsrechnungen in Rezessionszeiten ist insofern unproblematisch, als sie sich im Zuge der Erholung aufgrund der wieder reichlicher fliessenden Einnahmen automatisch verbessern.

Staatsschuld vor allem dann, wenn sie ein Ausmass erreicht, bei dem das Vertrauen in die Bonität des Staates als Schuldner bzw. in die volkswirtschaftliche Stabilität erschüttert wird. Das Ausmass der aktuellen Verschuldung der schweizerischen Staatshaushalte ist aber weder im historischen noch im internationalen Vergleich alarmierend. Gemessen am BIP ist die Staatsschuld zur Zeit mit rund 30 Prozent niedriger als jemals in der Nachkriegszeit. Und die deutlichen Defizite dieser Jahre lassen dieses Verhältnis nur geringfügig ansteigen, da auch das BIP weiter zunimmt. Bei einem einigermassen normalen Wirtschaftswachstum von nominell 5 Prozent (real + Teuerung) bleibt ein Defizit von jährlich 5 Mia. Franken ohne Wirkung auf die Relation Staatsschuld zu BIP bzw. Zinslast zu Staatseinnahmen.

Ein Blick auf die Ursachen der gegenwärtigen Ausgabenüberschüsse führt zum Schluss, dass diese zum Teil vorübergehenden Charakter haben. Vier Gründe können ausgemacht werden, um die defizitäre Entwicklung zu erklären:

1. Die Beschleunigung der Inflation ab 1989: Eine höhere Teuerung schlägt sich bei den Ausgaben rascher nieder als bei den Einnahmen. Wegen der Vergangenheitsveranlagung bei den Einkommenssteuern basieren deren Erträge auf Einkommen, welche um 3 bis 4 Jahre zurückliegen. Diese Zeitverschiebung wirkte sich vor allem 1990/91 negativ auf die Staatsfinanzen aus. Mit abnehmender Teuerung ergibt sich ab 1993 ein umgekehrter, positiver Effekt auf die öffentlichen Rechnungen.
2. Die Konjunkturschwäche 1991/92: Aufgrund der praktischen Stagnation des BIP kommt es einerseits zu Einnahmenausfällen, andererseits zu Mehrausgaben (Arbeitslosenunterstützung). Mit der zu erwartenden konjunkturellen Belebung fällt auch dieser Effekt weg, was jedoch einige Jahre dauert und erst ab 1995 spürbar sein wird.
3. Ein starkes Ausgabenwachstum ab 1988: Nachdem die öffentliche Hand lange Zeit eine sehr zurückhaltende Ausgabenpolitik verfolgte – was sich in einer sinkenden Tendenz der Staatsquote ab Mitte der 70er Jahre niederschlug – hat sich das Ausgabenwachstum in den letzten Jahren deutlich beschleunigt. Zumindest teilweise dürfte dies auf einen in den früheren Jahren aufgestauten Nachholbedarf (z. B. Reallohnnerhöhungen im öffentlichen Sektor, baulicher Unterhalt usw.), welcher mit der Zeit gedeckt sein wird, und z. T. – wie erwähnt – auf vorübergehende, rezessionsbedingte Mehrausgaben zurückzuführen sein.
4. Steuersenkungen: Die günstige Einnahmenentwicklung im Gefolge des wirtschaftlichen Aufschwungs in den 80er Jahren wurde nicht volumnäßig dazu benutzt, Reserven für schlechtere Zeiten zu bilden, sondern auch zum Anlass genommen, die Steuerbelastung zu vermindern. Diese Politik erweist sich nun nicht zuletzt deshalb als verfehlt, weil die Staatseinnahmen in einem aussergewöhnlichen Ausmass vom Boom auf den Finanz- und Immobilienmärkten

profitierten. Mit dem Wegfall dieser Sonderentwicklung verschlechtert sich die Einnahmensituation noch zusätzlich zu den «normalen» konjunkturell-bedingten Ausfällen.

Fiskalimpuls 1993 wäre verantwortbar

Ein Teil der gegenwärtigen Defizite wird also in den nächsten Jahren von selbst korrigiert. Ein Teil wird allerdings bleiben, wenn nicht das Ausgabenwachstum eine Zeitlang deutlich unter die Wachstumsrate des BIP gedrückt und/oder die Steuerquote wieder erhöht wird. Eine grobe Schätzung der Gröszenordnung der jeweiligen Effekte zeigt, dass etwa ein Viertel der Verschlechterung der öffentlichen Rechnungen zwischen 1989 und 1992 auf konjunkturbedingte Einnahmenausfälle und Teuerungseffekte und etwas über 10 Prozent auf Steuerentlastungen zurückzuführen ist. Gut die Hälfte entfällt auf das hohe Ausgabenwachstum, wobei dies – wie erwähnt – z. T. auf einen Nachholbedarf, z. T. auf konjunkturbedingte Mehrausgaben zurückgeht. Eine Bestimmung des anhaltenden Anteils der gegenwärtigen Defizite (Tendenz einer steigenden Staatsquote?) würde eine genauere, prognostisch orientierte Analyse der Ausgabenentwicklung erfordern, als im Rahmen dieses Beitrags möglich ist. In welchem Ausmass und mit welcher Geschwindigkeit der strukturelle Ausgabenüberschuss in den nächsten Jahren abgebaut werden soll, hängt einmal von der dannzumaligen Wirtschaftslage ab. Die dann allenfalls zu ergreifenden Massnahmen (Ausgabenkürzungen bzw. Einnahmenerhöhungen) setzen eine Diskussion über die erwünschte Höhe und Zusammensetzung der Staatsausgaben sowie die Terminierung deren Finanzierung voraus, welche hier nicht geleistet werden kann. In der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist eine Sanierung der Staatsfinanzen aber konjunkturpolitisch verfehlt. Im Gegenteil: Aus globaler Sicht wäre ein zusätzlicher, stimulierender Impuls im kommenden Jahr in der Gröszenordnung von 2 bis 3 Mia. Fr. ohne weiteres tragbar.